

Einigung mit dem Iran in greifbarer Nähe

Nach dem Durchbruch von Lausanne könnte es zu einer langfristigen Einigung mit dem Iran im Atomstreit kommen. Bis zum 30. Juni müssen jedoch noch wichtige Details ausgehandelt werden.



Quelle: telegraph.co.uk

Seit der arabischen Revolution im Jahr 1979 wurde der Iran vom Westen international in politischen und ökonomischen Fragen immer stärker isoliert. Erste Wirtschaftssanktionen gegen die neugegründete Islamische Republik verhängten die USA schon im Jahr des Umsturzes, um wiederholte Menschenrechtsverstöße zu ahnden. Diese Sanktionen wurden ab 2006 noch einmal verschärft, als die Weltöffentlichkeit von dem iranischen Atomprogramm erfuhr. Zu den Sanktionen zählen u. a. ein Verbot für Banken, Dollar-Geschäfte stellvertretend für den Iran durchzuführen (2008) und die Einschränkung von Investitionen in den iranischen Öl- und Gassektor (2010). Vor drei Jahren folgte ein vollständiges Öl- und Gasembargo der EU. Auch wenn es dem Iran gelungen ist, neue Absatzmärkte für die heimische Erdgasindustrie in Ostasien zu erschließen und in Bereichen wie der Stahl- und Zementproduktion zu einem der weltweit größten Hersteller aufzusteigen, haben die Sanktionen des Westens Irans Ausfuhren in den letzten Jahren mehr als halbiert. Im Vorfeld des Gipfels von Lausanne drängte die iranische Führung daher auf eine schnellstmögliche Aufhebung dieser Sanktionen.

Auf der anderen Seite verlangen vor allem die USA und die EU die Offenlegung und Rückführung des iranischen Atomprogramms, das als Bedrohung für den Frieden in der Region angesehen wird. Bei den derzeitigen Gesprächen handele es sich um eine "einmalige Chance im Leben", eine iranische Atombombe zu verhindern, so US-Präsident Obama in der vergangenen Woche.

Die Verhandlungen mit dem Iran führten zuletzt zu Spannungen in den israelisch-amerikanischen Beziehungen. Ministerpräsident Netanjahu kritisierte Obamas Vorgehen in der Öffentlichkeit wiederholt aufs Schärfste und forderte, dass der Iran im Rahmen eines Abkommens zumindest das Existenzrecht Israels anerkennen müsse. Diese Vorstellung bezeichnete Obama jedoch als "fundamentale Fehleinschätzung" und betonte, dass die iranische Regierung "ihre Natur" für das Zustandekommen einer Einigung nicht vollständig wandeln müsse.

Wochenüberblick

Di, 07.04.2015

Beim umstrittenen Anleihekaufprogramm hat die EZB ihre Ziele im März knapp übertroffen. Bis Ende nächsten Jahres planen die Währungshüter monatlich Staatsanleihen, Pfandbriefe und Hypothekensanleihen im Wert von rund 60 Milliarden Euro zu erwerben. Im Zeitraum vom 9. März bis zum 3. April pumpte die Zentralbank sogar knapp 61 Milliarden Euro in das Finanzsystem, dies wurde am Dienstag bekannt. Hiervon entfielen allein 52,5 Milliarden Euro auf Staatsanleihen. Die Abwicklung dieser Käufe dauert in der Regel zwei Geschäftstage.

In einem Interview mit der Börsen-Zeitung gab sich EZB-Direktor Yves Mersch optimistisch, dass die positive Entwicklung der europäischen Wirtschaft auch in Zukunft anhalten und die Vergabe von Krediten an Unternehmen bald wieder zunehmen werde. Für den Fall, dass die EZB schon früher als geplant die Inflationsrate von 2% erreichen sollte, schloss Mersch die Anpassung des derzeitigen Aufkaufprogramms nicht aus. Eine weitere Senkung des Anlagensinnsatzes von derzeit -0,2% sah der EZB-Direktor skeptisch. Zwar sei ein solcher Schritt theoretisch möglich, man habe jedoch in der Vergangenheit wiederholt betont, bei dem Anlagensinnsatz bereits die Untergrenze erreicht zu haben.

Mi, 08.04.2015

Die japanische Zentralbank hat am Mittwoch ihr Aufkaufprogramm von umgerechnet etwa 620 Milliarden Euro pro Jahr bestätigt. Vor der Ankündigung war spekuliert worden, ob die Zentralbank ihr Kaufprogramm angesichts der schwachen Erholung der heimischen Wirtschaft und der sinkenden Ölpreise noch ausweiten werde.

Die Währungshüter betonten am Mittwoch, dass man weiterhin optimistisch hinsichtlich der Entwicklung der Wirtschaft sei. Zwar rechne man, bedingt durch die niedrigen Energiepreise, zunächst mit einer Teuerungsrate um 0%, ab dem Herbst könnte es jedoch zu einem Anstieg der Inflationsrate kommen. Das Ziel, bis 2016 eine Inflationsrate von 2% zu erreichen, hob die Zentralbank zwar nicht auf, Beobachter vermuten jedoch, dass es schon am 30. April zu einer entsprechenden Korrektur kommen könnte, wenn der geldpolitische Ausschuss der Notenbank die langfristigen Prognosen überprüft.

Der Durchbruch von Lausanne überraschte viele Kritiker, weil die Einigung detaillierter ausfiel als erwartet. Auch wenn beide Seiten den Ausgang der Verhandlungen unterschiedlich interpretieren, scheint man sich auf den Abbau von Zentrifugen, wie z.B. am Standort Natanz, und die Stilllegung des Reaktors Arak geeinigt zu haben. Es bleiben jedoch andere ungelöste Streitpunkte. So ist nach wie vor umstritten, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Sanktionen gegen den Iran aufgehoben werden sollen. Eine umfassende Aufhebung aller Sanktionen erscheint derzeit eher unrealistisch, da nicht alle verhängte Sanktionen gegen das Atomprogramm gerichtet sind. Die Aufhebung von Sanktionen soll wahrscheinlich an das Vorgehen des Irans bei der Rückführung des Atomprogramms geknüpft werden. Beobachter warnen davor, dass Hardliner in der iranischen Führung den Zugang zu bestimmten Anlagen verweigern und so das Abkommen im Nachhinein zum Scheitern bringen könnten. In einem solchen Fall behalten sich die USA und die EU die Wiedereinführung von Sanktionen vor, was der Iran allerdings ablehnt. Der iranische Außenminister Sarif betonte im Anschluss an das Treffen, dass der Iran in einem solchen Falle zu dem derzeitigen Niveau seiner nuklearen Aktivitäten zurückkehren werde. Angesichts dieser Unsicherheiten warnte Außenminister Steinmeier nach dem Treffen vor übermäßiger Euphorie. "Es ist zu früh für Jubelfeiern", so Steinmeier, bisher seien lediglich Eckpunkte für das endgültige Abkommen im Juni verhandelt worden.

Trotz angebrachter Zweifel überwiegt bei vielen der Optimismus im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen. In Teheran kam es nach dem Gipfel in Lausanne zu Freudenfeiern auf den Straßen, und auch im Westen halten Beobachter eine Einigung nun für realistisch. Sogar Israels ehemaliger Ministerpräsident Ehud Barak gab zu, dass die Einigung "nicht so schlecht wie erwartet" sei. In einem Gespräch mit Netanjahu bekräftigte Obama nach dem Gipfel, sich nach wie vor der Sicherheit Israels verpflichtet zu fühlen.

Bis zum 30. Juni bleibt nun beiden Seiten Zeit, die verbliebenen Streitpunkte auszuräumen und die historische Einigung zu erzielen. Danach könnten erste Sanktionen aufgehoben und der Iran somit wieder zu einem wichtigen Rohstofflieferanten für den Westen werden. Experten gehen davon aus, dass im Iran die drittgrößten Erdölvorkommen der Welt lagern.



Quelle: economist.com

Reuters

Di, 07.04.2015

Exportgüter wie Maschinen und Anlagen werden aus dem Ausland derzeit weniger stark nachgefragt als noch vor einigen Monaten. Damit schlagen sich die schwachen Konjunkturdaten aus vielen wichtigen Volkswirtschaften wie den USA nun auch in der Auftragslage deutscher Unternehmen wieder. Wie im Januar gingen auch im Februar die Aufträge zurück (-1,6%). Angesichts der positiven Stimmung deutscher Unternehmer, die z. B. bei der jüngsten Ifo-Umfrage deutlich wurde, kommt dieser Rückgang überraschend. Experten sehen die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres jedoch positiv. Grund hierfür ist die nach wie vor starke Binnennachfrage.

Mi, 08.04.2015

Beim Treffen zwischen dem griechischen Regierungschef Tsipras und Russlands Präsident Putin haben sich beide Seiten auf eine engere Kooperation im Energiesektor und eine Lockerung des Einfuhrverbots für griechische Lebensmittel verständigt. Im Vorfeld des Treffens hatten Vertreter der anderen EU-Mitgliedsstaaten vor einer Annäherung beider Länder gewarnt. Dies würde einen "Alleingang Griechenlands (...) im Bereich der Europäischen Union darstellen", so Österreichs Außenminister vor dem Treffen. Um Kredite habe die griechische Regierung nicht gebeten, so Russlands Präsident Putin. Diese schließe man aber für konkrete Infrastrukturprojekte für die Zukunft nicht aus. Als Handelspartner spielt Russland für die griechische Wirtschaft nur eine vergleichsweise kleine Rolle. Lediglich 1,5% aller griechischen Ausfuhren gingen 2013 nach Russland.

Do, 09.04.2015

Obwohl es im Vorfeld Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Griechenlands gegeben hatte, beglich Griechenland am Donnerstag fristgerecht seinen Kredit bei IWF in Höhe von insgesamt 450 Millionen Euro.

So, 12.04.2015

Präsident Obama und Kubas Staatsoberhaupt Paul Castro haben sich am Sonntag zu einem 80-minütigen Gespräch getroffen. Damit beendeten die Regierungschefs die fast 60 Jahre andauernde Eiszeit zwischen beiden Staaten.